

Der Sozialdezernent und Kreisbeigeordnete Carsten Müller lehnt die Arbeitspflicht für alle Hartz-IV-Hilfeeempfänger ab. Er kritisiert die Äußerungen von Roland Koch, eine generelle Arbeitsleistung im Gegenzug für die finanzielle Unterstützung bei Langzeitarbeitslosen zu fordern. „Wenn wir damit anfangen, vernichten wir reguläre Arbeitsplätze und schneiden uns ins eigene Fleisch“, so Müller. „Würden Kochs Vorschläge umgesetzt, wären beispielsweise unzählige Handwerksbetriebe vom Ruin bedroht!“

Koch hatte gefordert, dass künftig jeder Bezieher von Hartz IV gemeinnützige Arbeit annehmen muss, um Geld zu bekommen. Müller hält das „für kontraproduktiv“. Der Kreis Offenbach setzt daher generell 1-Euro-Jobs und gemeinnützige Arbeit nur begrenzt ein, um Unternehmen nicht von dem Arbeitsmarkt zu verdrängen. So wurden von 408 zur Verfügung stehenden Arbeitsgelegenheiten nur 123 vergeben. „Wir verfahren hier bewusst sehr restriktiv“, macht Müller deutlich. Diese Vorgehensweise ist auch in der mit der Kreishandwerkerschaft geschlossenen „Berliner Liste“ festgeschrieben. Müller: „Es kann nicht sein, dass eine Kommune mit Ein-Euro-Jobs reguläre Beschäftigung gefährdet!“

Eine weitere Forderung Kochs, die Hinzuverdienstgrenze zu erhöhen, soll als Anreiz zur Arbeitsannahme dienen. Angesichts der aktuellen Wirtschaftslage und dem schlechten Stellenangebot seien jedoch gar nicht genügend verfügbare Jobs vorhanden, um alle Langzeitarbeitslose mit einzubeziehen, kritisiert Müller.

Mittels der abschreckenden Reform wolle Koch erreichen, dass „niemand das Leben von Hartz IV als angenehme Variante ansieht“. Das sei jedoch der falsche Ansatz, so der Sozialdezernent. Koch erwecke somit den Eindruck, Hilfeempfänger seien arbeits scheu. „Die große Mehrheit der Erwerbslosen sucht jedoch bereits Arbeit, ist allerdings aufgrund von vielfältigen Problemlagen dazu nicht im Stande, sagt Müller. Selbst Berufstätige seien heutzutage auf weitere finanzielle Unterstützung angewiesen, die jetzt geforderte Gegenleistung von Koch wäre in so einem Fall also überhaupt nicht umsetzbar. Bei Alleinerziehenden komme noch hinzu, dass ausreichende Angebote zur Kinderbetreuung fehlten. Bevor man diese zu Ein-Euro-Jobs heranzieht, muss also erst einmal gesichert sein, wie die Kinderbetreuung funktionieren soll.“

Entgegen der Ansicht Kochs, Arbeitsgelegenheiten sicherten neue Einstiegsmöglichkeiten in den Arbeitsmarkt, betont Müller, dass nur 15 Prozent anschließend eine reguläre Arbeit finden. „Studien im Auftrag des Bundesarbeitsministeriums haben ergeben, dass die so genannten Ein-Euro-Jobs eine der uneffektivsten Maßnahmen der Hartz-Reformen sind! Wirkungsvollere Methoden sind Weiterbildungs- und Schulungsmaßnahmen“, so der Sozialdezernent weiter, „denn letztlich garantiert nur eine bessere Bildung ein größeres Arbeitsmarktpotenzial.“

Koch unterscheidet zwischen zwei Gruppen von Hilfeempfängern, jene, die durch die Unbilden des Lebens, völlig ohne eigene Schuld, in Not geraten sind. „Und es gibt Menschen, die mit dem System spielen und Nischen ausnutzen“, weiß auch Müller. Trotzdem sei bei der jetzigen Gesetzeslage auch klar, dass der Staat, jemanden der partout nicht arbeiten will, nicht auf die Straße setzen und verhungern lassen kann. Dennoch gebe es Sanktionen „und die werden im Kreis Offenbach auch sehr konsequent angewendet“, betont Müller. „Allerdings sind diese Strafen individuell. Vorauseilende Kollektivstrafen, wie Koch sie fordert, lehne ich strikt ab!“

Kochs Äußerungen zeugten von einem bestimmten Menschenbild und nehmen lediglich dumpfe Stammtischparolen auf, so Müller abschließend. „Zu Ende gedacht hat Koch seinen Vorschlag auf jeden Fall nicht!“